



Saarländischer Rundfunk

Funkhaus Halberg
66100 Saarbrücken
www.sr-online.de

Sonntag, 9.3.2008, 23.30 Uhr im Ersten:

betrifft:

**Rentenangst!
Der Kampf um die Altersversorgung**

Autoren: Ingo Blank/Dr. Dietrich Krauß
Redaktion: Wolfgang Wirtz-Nentwig

**Wirtschaft, Soziales & Umwelt
FS**

Leiter: Wolfgang Wirtz-Nentwig
Tel. 0681/602-3112
Fax: 0681/602-3119
wwirtz@sr-online.de

Saarbrücken, März 2008

Länge 44.55 min

Norbert Blüm auf dem Weg zu einem Zeitungskiosk in der Bonner Fußgängerzone. Kein erfreulicher Gang für den langjährigen Sozialminister. Denn Deutschlands größte Boulevardzeitung BILD sieht in Blüm einen „Rentenlügner“. Für Blüm ist es dagegen die BILD-Zeitung, die Rentenlügen verbreitet. Heute lautet die Schlagzeile „ALTE kassieren! JUNGE zahlen nur drauf!“ Immer wieder liefert das Boulevardblatt Horrorgeschichten zur gesetzlichen Rente. Zu teuer, zu niedrig, zu ungerecht. Und preist gleichzeitig die Privatvorsorge als einzigen Weg, sich vor der Altersarmut zu retten.

Norbert Blüm, den langjährigen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, bringt das in Rage: „*Die Brandstifter spielen Feuerwehr. Leider wird das nicht genügend attackiert, weil: Wir haben es mit einem Kartell der Lobbyisten zu tun. Gehirnwäsche ...*“

Starker Tobak. Die „Alterskatastrophe“ nur eine Medienkampagne? Erfunden, um die gesetzliche Rente abzuwickeln und den Versicherungen neue Kunden zuzuführen? Das wollen wir uns näher anschauen.

Rentenangst! Der Kampf um die Altersversorgung.
Ein Film von Ingo Blank und Dietrich Krauß

Ganz offensichtlich gibt es eine ganz „große“ Koalition, die zur privaten Vorsorge auffordert. Seit Jahren die immergleichen Appelle quer durch die Parteien:

„Wir wollen den Menschen in diesem Lande ja sagen: *Ihr braucht als zusätzliche Säule die private Vorsorge*“ (Angela Merkel, CDU Bundeskanzlerin). „*Weil wir auch an künftige Generationen denken müssen*“ (Gerhard Schröder, SPD Ex-Bundeskanzler). „*Durch Eigenverantwortung, durch private Zusatzvorsorge*“ (Guido Westerwelle, FDP-Chef).

Berlin im Sommer 2007. Eine Versammlung von Geschädigten der Göttinger Gruppe. Sie haben privat vorgesorgt und stehen jetzt mit leeren Händen da. Rund 250.000 Sparer haben in die Secu-Rente des privaten Finanzkonzerns eingezahlt. Jetzt ist die Göttinger Gruppe pleite. Rund eine Milliarde Euro hat sich in Luft aufgelöst. Viele Anleger sind fassungslos.

Ein älteres Ehepaar:

„Das ist 'ne Schande und wir haben alles verloren“.

Eine alleinstehende Frau:

„Das heißt ich geh in die Rente bin Hartz IV - nicht Arbeitslosengeld II - und habe nichts mehr“.

Heute darf die Firma mit richterlichem Segen als „Abzockgruppe“ bezeichnet werden. Viele haben der Göttinger Gruppe ihr Geld auch anvertraut, weil das Unternehmen immer wieder mit Politikern der allerersten Garnitur warb. *„Genscher hat sich dort mit ablichten lassen, hat Performance gemacht. Rexrodt hat es gemacht. (...) Es ist hanebüchen“*, empört sich ein Anleger.

Trotzdem gelten nicht andere, sondern Norbert Blüm als „Rentenlügner“. Wir treffen den unbelehrbaren Streiter für die gesetzliche Rente im Bonner Haus für Geschichte. Wenn es nach der Versicherungswirtschaft und manchen Medien ginge, würden auch Norbert Blüm und das deutsche Rentensystem hierher gehören – ins Museum. Deren Argumente, findet der ehemalige Bundesminister, seien alles andere als überzeugend: *„Die regen sich über meinen Satz auf „Die Rente ist sicher“. Ja, sicherer als die Privatversicherung war sie in hundert Jahren. Im ersten Weltkrieg war die Privatversicherung weg. Inflation war sie nichts mehr wert. Weltwirtschaftskrise sind sie zusammengebrochen. Zweiter Weltkrieg weg. Von 112.000 Pensionskassen in den Vereinigten Staaten haben 32.000 überlebt. Können Sie sich das Mal vorstellen, was passieren würde, wenn die Rentenversicherung so eine Bilanz vorzulegen hätte?“*

Die gesetzliche Rente in ihrer heutigen Form entstand auf den Trümmern eines gescheiterten Rentensystems. Ihre Neuregelung wurde im Januar `57 nach einer Marathonsitzung verabschiedet - von einer überwältigenden Mehrheit des Bundestages.

Nach dem Krieg lagen nicht nur Gebäude in Schutt und Asche. Auch die Rentenkassen waren geplündert. Das mühsam angesparte Geld für immer verloren. Viele Alte stürzten in bittere Armut. Und sie blieben auch ausgeschlossen, als die Wirtschaft wieder Tritt fasste. Während Löhne und Preise steigen, bleiben die Renten zurück. Adenauer erkannte den sozialen Sprengstoff. Er wollte ein neues Rentensystem, das direkt aus den Löhnen finanziert wird. Mit dem Umlageverfahren konnte er die Alten sofort ins Wirtschaftswunder mitnehmen - und auch die versorgen, die in das alte, bankrotte System eingezahlt hatten.

Eine wirkliche Jahrhundertreform. Das Umlageverfahren erlaubte es praktisch von heute auf morgen ein voll funktionierendes Rentensystem aufzubauen und darüber hinaus auch die Rentner am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum teil-

haben zu lassen. *„Wir wollen, dass auch die Rentenempfänger teilnehmen an dem Aufstieg des Standes oder Berufes, dem sie angehört haben“*, so erklärte der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer (CDU), seine Vorstellungen von einer „dynamischen“ Rente dem Publikum.

Allen Unkenrufen zum Trotz und gegen alle Widerstände hat sich dieses System bis heute bewährt.

Wir fahren nach Berlin zur Deutschen Rentenversicherung. Hinter einer streng überwachten Schleuse lagern die Daten aller Arbeitnehmer und Rentner. Jeden Monat zahlen alle Beschäftigten und ihre Arbeitgeber rund 17 Milliarden Euro ein. Dieses Geld wird postwendend an die 20 Millionen Rentner wieder ausgezahlt – das sogenannte Umlageverfahren. Gleichzeitig erwerben die heute Aktiven durch ihre Beiträge den Anspruch, später von der dann aktiven Generation ebenfalls eine Rente zu bekommen. Das ist der Generationenvertrag.

Der Präsident der Deutschen Rentenversicherung ist sich sicher: Dass Altersarmut in der Bundesrepublik heute nur noch eine geringe Rolle spielt, haben wir dieser gesetzlichen Rentenversicherung zu verdanken. *„Ich denke, es ist eine Erfolgsgeschichte der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung in den letzten 50 Jahren, dass sie das Thema Altersarmut sozusagen aus der Realität verdrängen konnte“*, so Dr. Herbert Rische.

Wenn die Behörde die Rente berechnet, orientiert sie sich am Durchschnittseinkommen aller Arbeitnehmer. Steigen die Löhne, steigen automatisch die Renten mit. Und auch die individuelle Leistung wird berücksichtigt: Wer mehr einzahlt, weil er mehr verdient, erhält im Alter auch mehr Rente.

Kein anderes Rentensystem verbindet Eigenvorsorge und gesellschaftliche Solidarität so perfekt, wie das umlagefinanzierte Rentensystem - davon ist Norbert Blüm überzeugt:

“Es gibt damit einen Zusammenhang zwischen Sorge für Andere zur Selbstvorsorge, und das finde ich genial.“

Und Blüm hat noch ein starkes Argument für die gesetzliche Rente:

„weil die umlagefinanzierte Rentenversicherung eine bessere Antwort ist als die Private, für alle, die weniger verdienen. Wer arbeitslos ist, kann sich keine Privatversicherung leisten. In der Rentenversicherung bekommt er diese Zeit angerechnet. Wer krank ist, wer erwerbsunfähig ist, der bekommt eine Rente, als hätte er ein ganzes Leben lang Beitrag bezahlt. In der Privatversicherung geht er leer aus.“

Trotzdem. Zum 50. Geburtstag der Rentenversicherung gab es praktisch keinerlei Feierlichkeiten. Statt dessen finstere Abgesänge quer durch alle Medien.

Zitat Sprecher TV-Dokumentation: Im Greisenland - Von der deutschen Zukunft:
„In spätestens 30 Jahren leben in Deutschland erstmals mehr alte als junge Menschen ... und dann?“

Dann würden die Alten einfach zu teuer, heißt es. Die Greisenrepublik drohe - und damit der Kollaps der Deutschen Rentenversicherung, schreiben auch viele große Zeitungen und Magazine in Titelstorys. Das Symbol der Krise: Die frühere Bevölkerungs-Pyramide mutiert zur Bevölkerungs-Zwiebel. Tödlich für den Generationenvertrag, wird immer wieder gesagt.

Zum Beispiel hier, in Bonn. Im Institut für Wirtschaft und Gesellschaft. Dass heute jeder glaubt, die Bevölkerungsentwicklung sei der Tod der Rentenversicherung haben wir nicht zuletzt diesem Mann zu verdanken. Dem Leiter des Instituts, Meinhard Miegel. Er hat das Thema vor 30 Jahren auf die Agenda gebracht. Beinahe ganz Deutschland hängt an seinen Lippen, wenn er vor den Folgen der Überalterung warnt. Wir lassen es uns von Prof. Meinhard Miegel noch mal erklären, warum ohne Privatvorsorge Altersarmut droht:

„Als wir unser heutiges System geschaffen haben, gab es sehr viele Erwerbstätige wenige Rentner. Und diese wenigen Rentner waren leicht mitzuversorgen. Das ist in Zukunft anders, die Gesellschaft, die Zahl der Erwerbstätigen wird nicht bereit sein, eine ständig steigende Last für die Alten zu schultern.“

Das Argument kennt heute jedes Kind. Früher haben sieben Erwerbstätige einen Rentner versorgt. Bald aber müssen zwei Arbeitnehmer für einen Rentner aufkommen, der immer länger lebt. Die Versorgung der Alten wird deshalb unbezahlbar. Das wird öffentlich kaum noch hinterfragt, aber stimmt es auch für eine dynamische Volkswirtschaft?

Nein, sagen andere Wissenschaftler.

An der Fachhochschule Koblenz beispielsweise hält man diese Rechnung für irreführend, ja sogar für gezielte Meinungsmache. Das sagt Gerd Bosbach. Der Mathematikprofessor hat früher im Statistischen Bundesamt gearbeitet und gilt als einer der führenden Experte zum Thema Demographie. Er kommt zu ganz anderen Ergebnissen als Miegel – und argumentiert so: *„Wenn es eine Sicherheit gäbe, dass aufgrund von Alterung und weniger Kindern die gesetzliche Rentenversicherung nicht mehr tragfähig wäre, dann hätten wir jetzt schon keine mehr. Denn im letzten Jahrhundert sind wir um dreißig Jahre gealtert. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen hat sich rapide verringert und gerade die Älteren unter uns haben das alle beobachtet. Und gleichzeitig haben wir die gesetzliche Rentenversicherung massiv ausgebaut“.*

Die angeblich ideale Bevölkerungspyramide bedeutet übrigens, dass viele Menschen sehr früh sterben. Das war auch zu Adenauers Zeiten schon vorbei. Seit über 100 Jahren werden wir älter und kinderärmer - und trotzdem sind alle viel reicher als zu Kaisers Zeiten.

Wir fragen den Mathematiker Professor Gerd Bosbach, wie das überhaupt funktionieren konnte: *„Also, man muss das einfach volkswirtschaftlich sehen. Die Rente wird von dem volkswirtschaftlich Erwirtschafteten bezahlt. Und was wir volkswirtschaftlich uns leisten können, das hängt ganz massiv von der Produktivitätssteigerung ab. Wer das ausklammert, klammert das wichtigste Element des gesamten*

letzten Jahrhunderts aus. Dort haben wir die Alterung und die weniger Kinder haben wir glänzend verdauen können, durch den Produktivitätsfortschritt.“

Früher waren sieben Arbeiter nötig, um einen Rentner zu ernähren. Heute schaffen das drei. Weil wir immer produktiver werden, können wir auch in Zukunft mit weniger Menschen mehr Alte versorgen und gleichzeitig wohlhabender werden – wenn der wachsende Reichtum fair verteilt wird.

Alterung allein ist für Bosbach kein Grund zur Panik, im Gegenteil. In der demografischen Schwarzmalerei deckt er einen gravierenden Denkfehler auf: *„Alle Experten gehen davon aus, dass in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt wächst, zwar langsamer als früher, aber es wächst. Wir Mathematiker sagen dazu, der Kuchen, der zu verteilende Kuchen wird größer. Alle gehen davon aus, dass die Bevölkerung sinkt. Nicht so dramatisch wird es sein, wie viele das an die Wand malen als Schwarzseher, aber die Bevölkerung sinkt. Aber was ist denn, wenn eine sinkende Bevölkerung, also weniger Esser auf einen größeren Kuchen stoßen? Ja, dann müsste eigentlich jeder mehr bekommen können. Und uns wird heute eigentlich genau das Gegenteil gesagt. Es wird gesagt, ja wir müssen alle den Gürtel enger schnallen.“*

Meinhard Miegel sagt das gerne und oft. Dabei haben wir gelernt: Welche Rente sich eine Gesellschaft leisten kann, hängt davon ab, wie viele arbeiten und wie produktiv sie sind. Doch genau diese entscheidenden Faktoren fehlen häufig in den Argumenten der Rentenkritiker.

Wir fragen nach beim Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn. Dort erläutert uns Meinhard Miegel: *„Was wir hier im Institut gerade untersuchen, ist die Frage, wie stark muss eigentlich die Produktivität sich in Zukunft entwickeln, damit der wachsende alte Bevölkerungsteil so versorgt werden kann, wie dies in der Vergangenheit der Fall war.“*

Frage: Und wie sieht das aus?

Wir haben die Ergebnisse noch nicht auf dem Tisch. Das ist etwas, was wir gerade im Köcher haben, woran wir arbeiten“.

Wir sind erstaunt. Dreißig Jahre lang verkündete Miegel, die lebensstandardsichernde Rente sei unbezahlbar. Und erst jetzt stellt er sich die entscheidende Frage: Reicht möglicherweise schon die Produktivitätssteigerung aus, um viele Probleme zu lösen?

Wir erfahren: Meinhard Miegel ist kein gelernter Ökonom, sondern Jurist. An der Seite von Kurt Biedenkopf machte er Karriere in der CDU. Gemeinsam gründeten sie 1977 ihr Institut. Seit damals fordern sie, die gesetzliche Rente bis auf eine Grundsicherung zu kürzen. Wer mehr wolle, müsse privat vorsorgen.

Wir erinnern uns: Mit demselben Kurt Biedenkopf warb später die Göttinger Gruppe für ihre Privatrente. Zehntausende verloren ihre Ersparnisse.

Einer Anlegerin ist die Situation noch gut im Gedächtnis: *„Mit ein Anlass war, dass Herr Biedenkopf damals diese Firma noch ausgezeichnet hat für die großen Ver-*

dienste. In Sachsen war das wohl, da dachte ich: Naja, da kann man Vertrauen haben.“

Miegels Institut finanziert sich durch Unternehmensspenden. Und lebt von Auftragsarbeiten, etwa für das Deutsche Institut für Altersvorsorge. Das wiederum gehört der Deutschen Bank, der Fondsgesellschaft DWS und dem Deutschen Herold. In der Öffentlichkeit dringen diese Fakten kaum durch.

Und wenn es doch mal passiert, wiegelt er schnell ab, wie hier im Presseclub der ARD:

Zuschauer: „Hier geht es um Milliardeninteressen Finanzdienstleister und der Versicherungen. Genauso bin ich der Meinung, dass sie in dieser Runde auch hergehen sollten und den Meinhard Miegel vorstellen sollten, und was bei ihm für Interessen dahinterstehen.“

Moderatorin Monika Piel: „Aber Sie sind kein Finanzdienstleister, möchte ich an dieser Stelle deutlich machen.“

Prof. Meinhard Miegel (lachend): „Nein. In der Tat.“

Chefredakteur des Thüringer Tagblatt: „Sie verkaufen auch keine Policen“.

Monika Piel (lachend): „Auch keine Versicherung.“

Wir fragen nach. Und Prof. Meinhard Miegel bestätigt, dass Versicherungsunternehmen und er ähnliche Standpunkte vertreten: „Die Versicherungswirtschaft hat erkannt: Ja, hier vertritt einer Positionen, die in der Tat hineinpassen in das, was auch aus unserer Sicht notwendig ist und infolgedessen werde ich immer wieder gefragt, das ist alles zutreffend, aber ich habe nicht meine Vorstellungen entwickelt in Abstimmung mit der Versicherungswirtschaft.“

In Wuppertal treffen wir einen Mann auf Vortragsreise, den die Rentendebatte zurück in die Arena getrieben hat. Der Ökonom Albrecht Müller war einst Planungschef im Kanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt. Statt die eigene Rente zu genießen, hat er zwei Bestseller geschrieben: „Die Reformlüge“ und „Machtwahn“. Und er ist Mit-Herausgeber der inzwischen sehr populären Internetseite www.nachdenkseiten.de.

Jetzt reist er quer durch die Republik, um die Leute zum Nachdenken zu bringen. Für Albrecht Müller ist Prof. Meinhard Miegel kein unabhängiger Forscher: „Also, zunächst mal muss ich sagen, dass Herr Miegel ein Interessenvertreter, ein Versicherungsvertreter ist und nicht ein Altersforscher. Der ist nicht unabhängig. Das Entscheidende ist doch, dass offenbar die deutschen Medien schon glauben, dass Herr Miegel, der ein Institut betreibt, das im Wesentlichen von der Bankwelt und der Versicherungswelt getragen wird, dass der ein unabhängiger Forscher sei. Das ist er ja gar nicht und deshalb kommt er jetzt erst auf die Idee, über Produktivität zu forschen.“

Für Müller ist Miegel nur ein Beispiel für die Vernetzung zwischen Versicherungswirtschaft, Wissenschaft und Medien. Er hat viele Rentenkampagnen vor allem der BILD-Zeitung der vergangenen Jahre analysiert. Auf seinen Vorträgen, wie hier in der Volkshochschule Wuppertal, präsentiert er seine Ergebnisse. „Ich zeige Ihnen

erst mal, um was es geht. Es geht ums Geld. 'Alte kassieren, Junge zahlen nur drauf' (BILD-Schlagzeile). Da wird natürlich verschwiegen, dass politisch ganz bewusst Entscheidungen getroffen worden sind, um die gesetzliche Rente leistungsfähig zu machen."

Müllers Verdacht: Medien und Versicherungen arbeiten Hand in Hand, wenn es darum geht, die gesetzliche Rente schlecht zu reden. Sein Beispiel: Dauerkampagnen in BILD, die dann gelegentlich mal unterbrochen werden durch echte Anzeigen, wie etwa: „Rente gut, alles gut.“ Zum Beispiel mit der so genannten „Volksrente“. Das private Modell hat BILD-T-online in Kooperation mit der Allianz angeboten, während im redaktionellen Teil bei jeder Gelegenheit auf die gesetzliche Rente eingeprengelt wurde.

Ein Autor tut sich dabei immer wieder besonders hervor: Oliver Santen, der Wirtschaftschef der Bildzeitung - früher selbst Pressesprecher beim Allianz-Konzern. Zufall? Der Draht von Allianz zu BILD ist offenbar sehr kurz. Eine Broschüre für die Vertreter des Konzerns zeigt: Die Grenzen zwischen Werbung und redaktioneller Berichterstattung scheinen fließend zu sein.

Zitat Allianz Vertreterbroschüre: „Klar, wer mit BILD-T-Online kooperiert, der ist auch in der BILD-Zeitung vertreten. Und zwar nicht nur als Anzeige, sondern so, wie es sich für eine Kooperation gehört: Rundum.“ (...) „Als Anzeige und als redaktionelle Artikel.“

Das weist Bild auf unsere Nachfrage „entschieden zurück“. Kein Anzeigenkunde habe Einfluss. Die Redaktion der Zeitung sei „vollkommen unabhängig“.

Und auch die Allianz wiegelt auf unsere Anfrage ab. „Die genannte Broschüre wurde einmalig zu Beginn der Aktion an alle Allianz-Vertreter verschickt. Den dort enthaltenen Passus hat ein etwas übereifriger Texter einer externen Verkaufsförderungsagentur formuliert; er wurde in der Abstimmungsphase von Mitarbeitern, die an der Volksrenten-Aktion nicht unmittelbar beteiligt waren, leider ungeprüft durchgewunken. Wir bedauern, dass wir an dieser Stelle nicht genauer hingeschaut haben.“

Albrecht Müller mag da nicht an Zufall glauben: „*Sie können das Ganze, die ganze Debatte nur begreifen, wenn sie George Orwell gelesen haben und wissen, der sagt: Und wenn immer und immer wieder das Gleiche gesagt wird, und die Aufzeichnungen gleich lauten, dann geht die Lüge in die Geschichte ein und wird zur Wahrheit. Das ist die beste Beschreibung der heutigen Altersdebatte, die wir haben. Den Leuten wird Angst gemacht. Die Demografen treiben der Versicherungswirtschaft die Hasen in die Küche*“.

Dietrich Seeler hat privat vorgesorgt. Jetzt ist er bitter enttäuscht. Rund 250 000 Euro hatte er eingezahlt. Dafür stellten ihm zwei Versicherer eine monatliche Rente von zusammen 1900 Euro in Aussicht. Der Haken: Ein großer Teil davon ist nur eine freiwillige Überschussbeteiligung. Die gab's nur wenige Monate, dann wurde gekürzt. Für Seeler heißt das jetzt: 600 Euro weniger als erwartet, Monat für Monat. Trotz stattlicher Gewinne der Versicherer.

Dietrich Seeler fühlt sich regelrecht über den Tisch gezogen: „Die Versicherungen haben mir jedes Mal geschrieben: „Vorstandsbeschluss“. Das war das Argument. Punkt. Fertig. Mehr nicht. Eine Begründung war eher nachrangig, das heißt: Kapitalmarktzins und/oder längere Lebenserwartung. Aber der Kernpunkt: Der Vorstand hat beschlossen, keine Überschussbeteiligung zu zahlen. Punkt. Mehr nicht.“

Wir fahren nach Berlin. Direkt gegenüber dem Finanzministerium residiert der Gesamtverband der Versicherungswirtschaft. Das hat durchaus Symbolcharakter. Man hat traditionell beste Verbindungen zur Politik. Hier versteht man die Beschwerden der Kunden nicht. Man habe sich in einem schwierigen Umfeld gut behauptet, davon ist der Sprecher des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, Dr. Peter Schwark, überzeugt.

„Wenn das Zinsniveau insgesamt fällt, und das ist in den letzten Jahren passiert, können wir natürlich nicht weiterhin 7 oder 8 % gutschreiben; das ist nicht realistisch, das ist auch in alternativen Kapitalanlagen nicht zu erzielen. Wir sind weiterhin mit ungefähr 2% über dem, was die Bundesschatzbriefe bringen in den letzten zehn Jahren, sehr attraktiv gewesen für unsere Kunden und sind es auch weiterhin“,

Wenn aber die Lebenserwartung steigt, müssen auch private Versicherer ihre Beiträge erhöhen oder Auszahlungen kürzen. Wir lernen: Auch private Renten sind von der Alterung betroffen. Warum auch nicht? Schließlich haben sie es mit derselben Bevölkerung zu tun.

Das bestreitet auch Dr. Schwark vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft nicht: „Wir müssen mit Sicherheit rechnen. Wir müssen mit den Trends rechnen und die Lebenserwartung, die verlängert sich, die verlängert sich über die letzten Jahre besonders stark. Und das wird auch weiter gehen. Der medizinische Fortschritt ist erheblich. Und sollte die Lebenserwartungsverlängerung so nicht eintreten, dann werden wir natürlich die Renten erhöhen, weil dann entsprechende Überschüsse auftreten, an denen wir unsere Versicherten auch beteiligen.“

Zurzeit aber gibt es für die Versicherten Kürzungen. Auf laufende Privatrenten, wie bei Dietrich Seeler, zahlen drei Viertel der Gesellschaften höchstens ein halbes Prozent mehr als den Garantiezins von 4%. Bei einem knappen Drittel gibt es gar keine Überschussbeteiligung mehr.

Dietrich Seeler müsste deutlich über 90 werden, damit sich seine Privatrente lohnt. Aber für den Rentner gibt es kein Zurück mehr: „Der Vertrag ist unkündbar, von beiden Seiten, wohlgemerkt. Man ist natürlich in der Situation hilflos, weil das Geld in fremden Händen ist und die machen da was, was sie mit wollen, schreiben Blabla-Briefe, zwar liebenswürdig, zwar höflich und nett, aber im Grunde genommen unbegründet. Die Situation ist nun mal so – und wir müssen damit leben. Ich würde heute ganz bestimmt eine derartige Rentenversicherung nicht mehr abschließen.“

Diese Erfahrung passt so gar nicht zu den offiziellen Aufrufen. Wir erinnern uns: „Wir wollen den Menschen in diesem Lande ja sagen: Ihr braucht als zusätzliche Säule die private Vorsorge“ (Angela Merkel, CDU Bundeskanzlerin). „Weil wir auch an künftige Generationen denken müssen“ (Gerhard Schröder, SPD Ex-Bundeskanzler). „Durch Eigenverantwortung, durch private Zusatzvorsorge“ (Guido Westerwelle, FDP-Chef).

Die Cosmos-Direkt in Saarbrücken ist eine Versicherung, die in den Rankings ganz vorne liegt. Kann man hier mit besseren Zahlen aufwarten? Vielleicht hat ja Dietrich Seeler nur einen schlechten Anbieter erwischt. Bei dem Direktversicherer läuft alles über den Postweg. So spart sich die Cosmos Vertreter und Filialen. Die Antragsformulare kommen direkt in die Datenverarbeitung. Alle Arbeitsabläufe werden immer wieder auf Effizienz getrimmt. Denn vor allem mit geringen Kosten kann man gegenüber der Konkurrenz entscheidende Prozentpunkte gutmachen. Die Beiträge der Kunden werden bei privaten Versicherern nicht wie beim Umlage-System direkt an die Rentner ausbezahlt, sondern zunächst auf dem Kapitalmarkt investiert. Dort sollen sie bis zum Rentenbeginn möglichst hohe Erträge erwirtschaften.

Den großen Vorteil dieses Verfahrens erklärt uns Professor Meinhard Miegel: „Dieses Kapital wird nicht dem deutschen Markt zur Verfügung gestellt, mit seinen besonderen demografischen Bedingungen, sondern dem Weltmarkt. Auf dem Weltmarkt sieht es so aus, dass wir in den vor uns liegenden Jahren bis zum Jahre 2050 einen enormen Anstieg an Menschen haben werden, an jungen Menschen haben werden, an qualifizierten Menschen. Die demografische Entwicklung des Globus ist eine gänzlich andere als die demografische Entwicklung in Deutschland oder in Europa und wer durch Geld, durch Vermögen vorgesorgt hat, der beteiligt sich an der Dynamik des Weltmarktes und ist nicht angewiesen auf die Entwicklung, die sich hier in Deutschland vollzieht.“

So also soll die Privatvorsorge die drohende Überalterung umgehen. Doch in der Realität ist das nur sehr begrenzt möglich. Klassische Lebens- und Rentenversicherungen dürften per Gesetz höchstens 10% ihres Vermögens außerhalb Europas investieren.

Wir fragen bei der Cosmos Direkt nach, ob sie diese 10 % überhaupt nutzt? Nein, sagt uns Michael Persch. „Auslandsinvestitionen spielen kaum eine Rolle: Also, die Grenze ist bei Weitem nicht ausgeschöpft, wir liegen am ganz unteren Ende dieser Bandbreite. Das heißt unter zwei Prozent“.

Die Behauptung von der Geldanlage in aller Welt ist also offensichtlich falsch. Auch die Kapitalzinsen müssen letztlich ganz überwiegend von den aktiven Arbeitnehmern im Inland erwirtschaftet werden, genau wie bei der gesetzlichen Rente. Was kommt nun am Ende raus für die Versicherten?

Wir lassen ein Beispiel von einem unabhängigen Rentenberater durchrechnen: Die Cosmos stellt bei ihrer Privatrente nach 20 Jahren Ansparzeit rund 4,5 Prozent Rendite auf das eingezahlte Geld in Aussicht. Garantiert ist aber wie bei allen aktuellen Rentenversicherungs- und Lebensversicherungsverträgen nur der von der

Finanzaufsicht festgelegte Mindestzins von 2,25%. Es kann mehr werden, aber einen Rechtsanspruch darauf gibt es nicht.

Der Experte erklärt, warum die garantierte Rendite sogar unter 2,25 Prozent liegen kann. Bei jeder Lebens- oder Rentenversicherung wird nicht der gesamte eingezahlte Betrag verzinst, sondern nur 80-90 % davon. Der Rest geht für Provision und Verwaltung drauf. Zieht man dann noch Steuern und Inflation ab, hat man gerade mal null Prozent reale Rendite sicher. Selbst bei einem Top-Anbieter! Und das ist noch nicht alles.

Was wir in der Hamburger Verbraucherzentrale erfahren, können wir kaum glauben. Hier gehen seit Jahren die Beschwerden von Kunden ein, die ihre Lebens- und Rentenversicherungen vorzeitig kündigen mussten. Zum Beispiel wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit oder weil ihnen neue Verträge verkauft wurden.

Edda Castelló hat die Fälle gesammelt: Verlust bis zu 50 000 Euro. Worüber selten gesprochen wird: Über die Hälfte aller Kunden steigt vorzeitig aus. Ein prächtiges Geschäft für die Versicherer. Denn die ziehen ihre Kosten gleich am Anfang ab. Je früher gekündigt wird, desto weniger Geld gibt es zurück. Oft ist sogar alles weg.

Warum finden sich so viele Kunden für so ein Produkt, fragen wir Edda Castelló von der Verbraucherzentrale Hamburg: *„Lebensversicherungsverträge werden aufgrund der offensiven und aggressiven Werbung der Versicherungswirtschaft im Grunde als das einzige Mittel zur privaten Altersvorsorge propagiert und das seit Jahrzehnten. Überdies verdienen die Vertreter gut an solchen Verträgen und wir haben vier- bis fünfhunderttausend Versicherungsvertreter, die permanent ihre Verträge in den Markt drücken. Und da haben Verbraucher kaum eine Chance, dieses Produkt zu hinterfragen und sich um Alternativen zu kümmern.“*

Es gibt in Deutschland mehr Lebens- und Rentenversicherungsverträge als Einwohner. Für Edda Castelló ist diese Form der Privatvorsorge in vielen Fällen pure Geldvernichtung:

„Ich denke, über die Jahre haben die Kunden mit Lebens- und Rentenversicherung einen höheren Verlust insgesamt erlitten, als alle die Opfer des grauen Kapitalmarktes zusammengenommen.“

Noch einmal zur Erinnerung:

„Wir wollen den Menschen in diesem Lande ja sagen: Ihr braucht als zusätzliche Säule die private Vorsorge“ (Angela Merkel, CDU Bundeskanzlerin). „Weil wir auch an künftige Generationen denken müssen“ (Gerhard Schröder, SPD Ex-Bundeskanzler). „Durch Eigenverantwortung, durch private Zusatzvorsorge“ (Guido Westerwelle, FDP Mächtigen-Kanzler).

Zeit für eine Zwischenbilanz. Die gesetzliche Rente ist garantiert, auch bei eintretender Erwerbsunfähigkeit und Invalidität. Und sie zahlt Rehabilitationsmaßnahmen.

Die private Lebens- oder Rentenversicherung lohnt sich in der Regel nur, wenn man bis zum Ende durchhält, sonst drohen hohe Verluste.

Die gesetzliche Rente gibt lediglich 1,4 bis 1,6 Prozent der Beiträge für Verwaltungskosten aus. Bei privaten Versicherungen ist es schon mal das 15fache. Hohe Vorstandsgehälter, Vertreterprovisionen und millionenschwere Werbekampagnen fressen bis zu 20 Prozent der Beiträge auf, manchmal noch mehr.

Die gesetzliche Rente garantiert zusätzliche Sozialleistungen. Sie gleicht zum Beispiel Ausfallzeiten wegen Kindererziehung aus. Und sie finanzierte die Integration der ostdeutschen Rentner. Ein entscheidender Beitrag zur Wiedervereinigung.

All das kennt die Privatvorsorge nicht. Und all das wäre mit einer kapitalgedeckten Vorsorge nicht finanzierbar gewesen.

Wir fahren nach England. Auf der Insel ist die Rentenversicherung schon dort, wo das deutsche System hin soll. Die gesetzliche Rente garantiert nur noch eine Grundsicherung.

David Tipton aus Leicester hat deshalb jahrelang in eine Betriebsrente eingezahlt. Das Dumme nur: Als er 55 war, ging seine Firma pleite. Die angeblich sichere Betriebsrente war plötzlich weg - und damit sein Haupteinkommen für den Ruhestand.

Nun muss er arbeiten, solange er irgendwie kann. Inzwischen ist David Tipton 62. Schöne Tage sind selten. Er hält sich als Hilfsarbeiter in einer Schleiferei mühsam über Wasser.

Eigentlich wollte er irgendwann mit seiner Frau den Ruhestand genießen. Stattdessen müssen sie nun sparen, wo es nur geht: Ob er sein Häuschen halten kann, weiß er nicht. Die Anspannung und die Ungewissheit haben ihn krank gemacht. Bluthochdruck. Er müsste dringend mal ausspannen. Aber keine Chance.

„Wir sind die letzten fünf oder sechs Jahre nicht mehr in Urlaub gewesen, weil wir so viel Geld wie möglich sparen, denn ich weiß nicht, ob ich irgendeine Rente bekomme, oder ob ich die Dinge, die versprochen wurden, nicht bekomme“ klagt David Tipton.

Seine Frau ist heute davon überzeugt: *„Man kann niemandem trauen!“*

In ganz Großbritannien platzen gerade reihenweise die Versprechen der privaten Versicherer. An der Universität Surrey bei London untersucht man seit Jahren, wie die Rentner in einem System leben, das weitgehend auf private Vorsorge setzt.

Die Soziologieprofessorin Jay Ginn von der Universität Surrey hat sich viele Jahre lang mit dem Vergleich der europäischen Rentensysteme beschäftigt. Ihr Urteil zum englischen System und seinen Auswirkungen ist vernichtend.

„Das Hauptproblem ist die sehr große Altersarmut: Inzwischen sind 21 Prozent der Rentner betroffen, bei Frauen sind es noch mehr. Ungefähr die Hälfte aller Rentner muss von der Sozialhilfe unterstützt werden. Wir haben eine sehr ungleiche Einkommensverteilung und sehr viel Armut.“

Man kann die Kamera in einem beliebigen Vorort von London aufstellen, dann sieht man, wovon die Professorin spricht. Vielen Senioren auf der Straße sieht man an, dass sie jeden Cent dreimal umdrehen müssen.

Trotzdem behauptet in Deutschland selbst der Chef der Rentenversicherung, dass die zunehmende Alterung der Gesellschaft mit Hilfe der Privatvorsorge besser zu meistern sei.

„Natürlich könnte auch die gesetzliche Rente diese Herausforderungen letzten Endes bewältigen. Nur man muss die Alternativen sehen. Die Alternative war, als man den Reformprozess begann, ein prognostizierter Beitragssatz für das Jahr 2030 von 40 Prozent für die Rentenversicherungsbeiträge. Damals, und ich denke auch heute, waren die politischen Parteien, die gesellschaftlichen Gruppen alle der Meinung: Diesen Beitragssatz wollen wir uns nicht leisten, diesen Beitragssatz können wir den Arbeitnehmern oder insgesamt den Beitragszahlern nicht zumuten“, so Dr. Herbert Rische.

40 Prozent Rentenbeitrag - das war die schlimmste Prognose aus den 80er Jahren. Später sagte man 28 voraus. Auch das sei unbezahlbar. Deshalb soll der Beitrag bis 2030 auf 22 Prozent begrenzt werden. Aber: Geringere Beiträge bedeuten natürlich auch geringere Renten. Die dadurch entstehende Lücke soll in Zukunft eine staatlich geförderte Privatvorsorge ausgleichen – wenigstens zum Teil.

Dafür wurde in Brandenburg extra eine neue Behörde gegründet, denn nur wer 4% seines Lohnes in die staatlich geförderte Privatvorsorge zahlt – die sogenannte Riester-Rente - bekommt auch die volle Förderung. Und das muss natürlich in jedem Einzelfall geprüft werden. Ob dies eine wirklich sinnvolle Lösung des Rentenproblems einer zunehmend alternden Gesellschaft ist, wollen wir von dem Rentenexperten der Bundesrepublik wissen.

Obwohl Professor Winfried Schmähl die Regierung lange Jahre in Rentenfragen beraten hat, ist er einer breiten Öffentlichkeit - im Gegensatz zu anderen Kollegen - kaum bekannt. In Talkshows sucht man ihn vergebens. Vielleicht, weil die Fakten, die er aufblättert, nicht ins übliche Bild passen. Denn die Bürger, sagt Prof. Winfried Schmähl, zahlen dank Privatvorsorge letztlich mehr als je zuvor und zwar für weniger Leistung. *„Der partielle Ersatz der umlagefinanzierten Renten durch kapitalfundierte private Renten macht insgesamt die Alterssicherung teurer. Und zwar nicht nur teurer, weil mehr alte Menschen da sind und die Lebenserwartung steigt, das betrifft also auch kapitalfundierte private wie auch umlagefinanzierte Renten. Nein. Dieser Umstieg von dem einen zum anderen System erhöht insgesamt den Vorsorgebedarf bei gleichem Absicherungsniveau, verglichen mit dem, was sonst in der umlagefinanzierten Rentenversicherung an Beiträgen aufzubringen wäre.“*

Stabile Beiträge gibt's nur noch für die Arbeitgeber. Die zahlen in Zukunft maximal die Hälfte von 22 Prozent, also höchstens 11. Die Arbeitnehmer dagegen müssen schon heute mindestens 6 Prozent zusätzlich von ihrem Lohn in die private Altersvorsorge investieren, wenn sie die bereits beschlossenen Rentenkürzungen einigermaßen ausgleichen wollen. Insgesamt werden die Arbeitnehmer dann 17 Prozent zahlen. Tendenz steigend. Privatvorsorge macht das Rentensystem insgesamt also

nicht billiger, sondern für die Arbeitnehmer erheblich teurer. Darüber freuen sich nicht nur die Arbeitgeber.

Albrecht Müller jedenfalls ist überzeugt, dass Privatvorsorge vor allem den Versicherungskonzernen nutzt: *„Wenn es der Privatvorsorge, den Versicherungskonzernen gelingt, nur 10 Prozent der Beiträge, die heute in die gesetzliche Rente gehen, herüberzuholen und auf ihre Mühlen zu lenken, dann ist das ein Umsatzzuwachs von 15-16 Milliarden Euro jedes Jahr. An Prämienzuwachs. Und wenn sie einen solchen Zuwachs haben, dann haben sie riesige Gewinne und Provisionen und das können sie dann zum Teil nehmen und können es Wissenschaftler geben, wie dem Herrn Miegel, oder einer ganzen Reihe, der Herr Rürup, der Herr Sinn, der Herr Raffelhüschen, Börsch-Zupan, die sind alle in Diensten der Finanzdienstleister und der Versicherungswirtschaft, das sind keine unabhängigen Wissenschaftler und das muss man erst mal verstehen, mich wundert, dass die deutschen Medien das nicht wahrnehmen.“*

Getarnte Lobbyisten als die heimlichen Väter der Rentenreform? Wir wollen mit einem der genannten Wissenschaftler über diese Vorwürfe sprechen.

Professor Bernd Raffelhüschen hat besonders lautstark den Umbau des Systems zu mehr Privatvorsorge propagiert. Er war Regierungsberater in der Rürup-Kommission. Gleichzeitig sitzt er im Aufsichtsrat des größten deutschen Versicherers ERGO und berät den Verband der Versicherungswirtschaft.

Wir treffen Raffelhüschen bei einem Kongress für Versicherungsmakler in Neuss. Unsere Frage an den Finanzwissenschaftler der Universität Freiburg: *„Wie unabhängig sind denn ihre Forschungen zu dem Thema?“* Seine Antwort: *„Also ich bin nicht nur im Aufsichtsrat eines Versicherungsunternehmens, ich bin auch Aufsichtsrat in einer Genossenschaft, wie auch in einem kirchlichen Verbund. Also ich bin in drei Mandatspositionen. Und die Sponsoren meines Instituts sind die Europäische Zentralbank und Länder wie Norwegen, Liechtenstein, Schweiz oder andere, also das ist immer breit. Ja, ja. Klar!“*

Nicht zu vergessen allerdings die Sponsoren des Vereins zur Förderung des Forschungszentrums Generationenverträge e.V., dessen Direktor Raffelhüschen ist und das sind: die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, eine Lobby der Metallarbeitgeber, Gerling, der Verband der privaten Krankenversicherungen, die Süddeutsche Krankenversicherung und die Münchner Rück.

Wir fragen also nach: Diese Unternehmen haben ja ein direktes Interesse daran, dass dieser Kuchen wächst. Wie definieren sie da ihre Position? Die Antwort des viel beschäftigten Professors Raffelhüschen: *„Meine Rolle? Ganz einfach: Ich habe zu rechnen, eine Generationenbilanz aufzustellen. Jeder, der will, kann diese Sache nachrechnen, käuflich bin ich jedenfalls nicht.“*

Sicher: Die Alterung der Gesellschaft kann man wissenschaftlich berechnen. Nicht aber die Behauptung, warum wir deshalb unbedingt mehr Privatvorsorge brauchen. Aber Vertreter brauchen auch keine Beweise, sondern Provisionen. Raffelhüschen liefert den Vertretern mit seinem Vortrag Argumente und Pointen.

Zitat aus dem Vortrag von Prof. Bernd Raffelhüschen: „Die Rente ist sicher, ja, sag ich Ihnen ganz unver-BLÜM-t“.

Blüms Rentenversprechen ist hier auf dem Vertreterkongress eine willkommene Lachnummer.

Zitat aus dem Vortrag von Prof. Bernd Raffelhüschen: „Die Rente ist sicher! Nur hat kein Mensch mitgekriegt, dass wir aus der Rente inzwischen 'ne Basisrente schon längst gemacht haben. Das ist alles schon passiert. Es ist alles schon passiert.“

Mission erfüllt. Raffelhüschen ist mit sich zufrieden.

Zitat aus dem Vortrag von Prof. Bernd Raffelhüschen: „Wir sind runtergegangen durch den Nachhaltigkeitsfaktor und durch die modifizierte Bruttolohnanpassung. Diese beiden Dinge sind schon längst gelaufen. Ja. Waren im Grunde genommen nichts anderes als die größte Rentenkürzung, die es in Deutschland jemals gegeben hat. Beides Vorschläge der Rürup-Kommission.“

Soweit die Version für Vertreter, nun die Version von Professor Bernd Raffelhüschen für uns: „Wir machen gar keine Rentenkürzung. Wir haben auch noch nie 'ne Rentenkürzung beschlossen. Was tatsächlich passiert ist, dass die Rentensteigerungen in der Zukunft gebremst werden und zwar gebremst werden durch mehrere demografische Faktoren. Äh, das führt dann dazu, dass die Rente des Jahres, sagen wir mal 2035 in etwa bei einer Größenordnung liegt, die so bei 40 Prozent des Bruttolohnes sein wird, d.h., wir haben immer noch eine Rente, die höher ist als die Rente von heute.“

Im Vortrag spricht Raffelhüschen Klartext. Die Mission Rentenkürzung ist erledigt. Das Feld für die Vertreter bereitet. Raffelhüschen hat seinen Job getan.

Zitat Vortrag Professor Raffelhüschen: „Aber im Wesentlichen hat die Rentenversicherung kein Nachhaltigkeitsproblem mehr. Ja. Aus dem Nachhaltigkeitsproblem der Rentenversicherung ist quasi ein Altersvorsorgeproblem der Bevölkerung geworden. So! Das müssen wir denen erzählen jetzt. Also ich lieber nicht. Ich hab genug Drohbriefe gekriegt. Kein Bock mehr, irgendwie. Aber Sie müssen das. Das ist Ihr Job.“

Ganz offensichtlich profitieren die Versicherungskonzerne von den Rentenreformen. Je mehr die gesetzliche Rente gekürzt wird, umso mehr müssen die Bürger in Privatvorsorge investieren. In zehn Jahren hat sich die Zahl der Neuverträge fast vervierfacht. Und in einem sind sich die Freunde der Privatvorsorge mit den Verteidigern des Generationenvertrages einig: Die Grundidee Adenauers ist so gut wie tot. Die Reform von `57 sollte die Alten am wachsenden Wohlstand beteiligen. Mit steigenden Einkommen sollte mehr Geld in die Rentenkasse kommen. Die aktuellen Reformen machen damit Schluss.

70 Prozent vom durchschnittlichen Lohn sollte ein Eckrentner mal bekommen. Das war einmal. Mit einer Fülle von Maßnahmen wird das System seit Jahren heruntergefahren. Künftig bekommt ein Normalverdiener am Ende gerade noch 43 Pro-

zent des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens – vorausgesetzt, er hat 45 Jahre eingezahlt. Für die meisten utopisch, also bekommen sie noch weniger.

Der Rentenexperte und ehemalige Regierungsberater Prof. Winfried Schmähl sieht diese Entwicklung mit Sorge: *„Das Leistungsniveau wird in einer Art und Weise reduziert, man kann vereinfacht sagen bis zum Jahr 2030 um mindestens 25 Prozent, dass es im Grunde für einen Großteil von Versicherten gar nicht mehr lohnend ist, Beiträge in die Rentenversicherung zu zahlen, weil sie mit erheblicher Wahrscheinlichkeit nur noch eine Leistung erhalten, die unterhalb der Armutsgrenze, der Sozialhilfeschwelle liegt. Sodass im Grunde damit auch die Legitimation für ein solches System immer mehr schwinden wird.“*

Eins ist sicher. Die Rente - wird in Zukunft wahrscheinlich für mehr als ein Drittel aller Beschäftigten unter dem Niveau von Hartz vier liegen. Hat BILD also doch recht?

Nein, sagt Blüm. Es war eine Demontage mit Ansage: *„Das ist hausgemacht. Wenn ich ihnen die Beine amputiere, kann ich ihnen anschließend nicht vorwerfen, dass sie nicht laufen können. Und so ähnlich ist das. Erst versetzt man die Rentenversicherung in einen Zustand, in dem sie in Schwierigkeiten gerät. Und anschließend schlägt man die Hände über dem Kopf zusammen und sagt: wie schrecklich!“*

In den USA, Südamerika oder hier in England gibt es schon heute nur noch staatliche Mini-Renten. Wenn dann die Privatvorsorge ausfällt, schauen Millionen Menschen in die Röhre. Pensionsfonds und Betriebskassen sind reihenweise zusammengebrochen oder verschwunden.

Dabei wurde David Tipton und seinen Kollegen in England immer wieder versprochen, die kapitalgedeckte Betriebsrente sei sicher. Die Opfer des Crashes haben sich wie hier in Leicester organisiert, um für eine Entschädigung zu kämpfen.

„Wir haben nichts davon, immer weiter zu warten, wir werden älter. Und die Ersten sterben, bevor sie ihr Geld gesehen haben. Wir haben alle Familie und Freunde. Alle leiden darunter. 130 000 haben ihre Rente verloren, aber insgesamt sind rund eine Million Menschen betroffen“, fürchtet zum Beispiel Darell Watkins, ein Kollege von Tipton.

Sie alle wurden Opfer des Kapitalmarktes. Tiptons Firma wurde von einem Investmentunternehmen übernommen. Die lukrativen Teile wurden verkauft. Der Rest ging in Konkurs. Irgendwie verschwand dabei auch die Pensionskasse. Die private Rente als Spielball für Heuschrecken.

Besonders betroffen sind Hinterbliebene wie Marlene Cheshire. Sie ist überzeugt, dass der Verlust der Rente Schuld ist am frühen Tod ihres Mannes. Er habe das nicht verwunden. Auf dem Sterbebett hat sie ihn aus Mitleid angelogen, dass alles in Ordnung sei und er sich keine Sorgen um sie machen müsse. *„Er hat zwölf Stunden gearbeitet, am Tag und auf Nachtschicht. Manchmal sieben Tage die Woche. Alles weg. All die Jahre gearbeitet für nichts!“* klagt Marlen.

Die Witwe ist an die Öffentlichkeit gegangen. Und ehemalige Kollegen ihres Mannes unterstützen sie. Ihnen geht es kaum besser. Ex-Abteilungsleiter müssen sich als Hilfsarbeiter durchschlagen. Einer von musste zur Arbeit und ließ seine kranke Frau zu Hause allein. Als wieder nach Hause kam, war sie tot. Darüber kommt er nicht hinweg.

„Einige Männer haben Selbstmord begangen, weil sie das alles nicht verkraftet haben. Andere mussten ihre Häuser verkaufen und wegziehen, weil sie sich das Leben hier nicht mehr leisten konnten“ berichtet Marlene Cheshire.

Sie will weiter kämpfen um ihre Rente. Aber ihre Gegner sind übermächtig. Sie spielen auf Zeit, glaubt Marlene Cheshire: *„Die haben wohl beschlossen, ältere Leute brauchen kein Geld. Aber das ist nicht so. Es ist unfassbar. Die haben ihr Schäfchen im Trockenen. Und wir können sehen, wo wir bleiben. Das ist einfach nur traurig.“*

Norbert Blüm gerät in Rage. Wie kann man, nach diesen Erfahrungen in anderen Ländern, Privatvorsorge als „die Lösung“ für kommende demografische Veränderungen anpreisen.

„Und da kommen die Jungs her und sagen, das wäre der Rettungsanker. Also mir bleibt ... Da kannst du nur staunen. Und eigentlich müsste es einen Sturm der Erregung geben. Ich frage, wo bleiben die Wissenschaftler? Warum verteidigt sich die Rentenversicherung nicht mehr? Warum die Gewerkschaften? Merkt Ihr nicht, da sind handfeste Interessen im Spiel. Mit diesen Pensionsfonds füttert Ihr doch die Hedgefonds. Das sind doch die Jungs, die nichts anderes spielen als fusionieren, auseinandernehmen. Es geht nicht um Arbeit. Es geht nicht um Wertschöpfung, sondern reines Spekulationsspiel. Und das wird gefüttert durch diese kapitalgedeckte Kampagne. Also bringt mich nicht in Rage. Man müsste mal den ganzen ... dieses ganze Kartell von Interessenten mal lüften.“

Für eine Aktion der Super Illu reichen sich Bert Rürup, Carsten Maschmayer und Walter Riester die Hand. Werbung für die Riester-Rente. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vereinigt - natürlich zum Wohle des Bürgers. Oder geht's vielleicht doch auch um das Wohl der Beteiligten? Der Staat, also wir alle, subventionieren mit der Riester-Rente Finanzkonzerne wie den AWD von Carsten Maschmayer. Die machen mehr Umsatz und danken es Politikern und Experten wie Rentenpapst Bert Rürup mit hoch dotierten Vorträgen. Rürup betont auf Anfrage seine wissenschaftliche Unabhängigkeit. Lukrativ ist dieser Kreisverkehr aber allemal.

Auch für Walter Riester, den Ex-Arbeitsminister. Wie kaum ein anderer profitiert er von der Reform, die er selbst auf den Weg gebracht hat. Für mindestens 180 000 Euro referierte er vor allem bei Banken und Versicherungen über die nach ihm benannte Rente: Heute spricht er für die SPD. Das macht er umsonst. Hier liegt ihm die Riester-Rente für die Armen am Herzen.

Zitat Vortrag von Walter Riester: *„Und ich beginn' bei den Hartz IV-Empfängern. Da haben wir festgelegt, dass 60 Euro im Jahr, das heißt 5 Euro im Monat, ausrei-*

chen, um die gesamten Zulagen zu bekommen. Das ist die eigentlich wichtige Botschaft“.

Doch gerade Arme und Geringverdiener haben trotz Riester-Sparens im Alter womöglich keinen Cent mehr in der Tasche. Denn wer als Rentner auf Sozialhilfe angewiesen ist, bekommt die Riester-Rente nicht obendrauf. Sie wird abgezogen. Wer nicht riestert, hat also genauso viel – bzw. wenig. Doch darüber verliert er hier kein Wort.

Walter Riester ist überzeugt, die Riester-Rente wird sich weiter durchsetzen: *„Weil, die guten Sachen, das ist überall so im Leben, setzen sich durch, auch wenn's anfangs noch sehr viele Zauderer gab. Herzlichen Dank!“*

Beifall von allen Seiten für die soziale Wohltat, doch einer bleibt skeptisch und fragt aus dem Publikum:

Zitat Zuhörer: *„Die Einkünfte, die Du hier aus der Versicherungswirtschaft erzielt hast, die haben Dein Jahreseinkommen als Bundestagsabgeordneter aus 2006 weit übertroffen - das sind mindestens 154 000 Euro. Der Judaslohn für die Zerschlagung des gesetzlichen Rentenumlageverfahrens?“*

Die Antwort von Walter Riester: *„Wenn ich bei einem Wirtschaftsunternehmen, das mich für seinen Außenvertrieb einlädt und ich ein deutsches Gesetz - wenn Sie so wollen: mein Gesetz - vorstelle und Honorar angeboten bekomme, dann stehe ich dazu, dann nehme ich das auch.“*

Riester kassiert Geld von Firmen, die direkt von seiner Reform profitieren. Aber diese Honorare haben natürlich nichts mit seiner Politik zu tun, sagt er. Er ist überzeugt von der Riester Rente, vom Prinzip der massiven staatlichen Förderung privater Vorsorge. Selbst wenn vielen Bürgern das Geld fehlt, die staatlichen Angebote in Anspruch zu nehmen:

„Mein Motiv war und ist, dem Bürger staatliche Unterstützung zu geben, dass er zusätzlich sparen kann. Er kann es ja nicht automatisch. Und jetzt Ihre Frage gleicht das das aus? Nein, es gleicht's nicht aus, sondern die Differenz zu einer Lebensstandardsicherung ist wesentlich höher. Aber die Politik hat ja so viele Möglichkeiten eröffnet, steuerbegünstigt zu sparen, dass die allermeisten Bürger das Geld gar nicht haben, selbst wenn sie steuerbegünstigt haben, das zurückzulegen. Also, da ist nicht die Politik in Bringschuld. Die Möglichkeiten sind da. Aber ich weiß natürlich, dass bei den Menschen auch die Rücklagemöglichkeiten begrenzt sind.“

Also selber schuld, wer kein Geld hat, um privat vorzusorgen. Die Politik jedenfalls fühlt sich nicht mehr verantwortlich.

In England kann man nur den Kopf darüber schütteln, mit welcher Begeisterung hierzulande die gesetzliche Rente demontiert wird. *„Tun Sie es nicht. Es war ein großer Fehler sich so stark auf die private Rente zu verlassen und es ist ein unumkehrbarer Prozess, denn wenn die Mittelschichten und die besser bezahlten erst*

mal Privatrenten haben, kann die Regierung die Staatsrenten immer weiter kürzen. Das bedeutet immer mehr Ungleichheit und wachsende Altersarmut“, warnt Prof. Jay Ginn von der Universität Surrey, die sich über viele Jahre mit dem internationalen Vergleich der Altersvorsorge-Systeme beschäftigt hat.

England ist heute da, wo Deutschland vor Adenauer mal war und vielleicht bald wieder hinkommt.

Der eingeschlagene Weg, da ist sich jedenfalls Norbert Blüm sicher, ist der falsche: *„Unsere Rentenversicherung hat es geschafft, weitgehend Altersarmut zu beseitigen. Jetzt bereiten wir die nächste Altersarmut mit der Rentengesetzgebung vor, was heißt das? Mehr Staat, mehr Steuer, mehr Fürsorge, mehr Überwachung.“*

Unser Fazit: Vielen Rentnern droht Altersarmut, aber das ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis der beschlossenen Reformen. Auch mit weniger Kindern und mehr Alten wäre der Generationenvertrag finanzierbar. Auch Privatvorsorge kostet Geld. Und sie macht die Altersversorgung häufig teurer, riskanter und ungleicher. Sie lohnt sich vor allem für die Versicherungskonzerne. Doch das dringt in der Diskussion kaum durch. Die Finanzwirtschaft dominiert mit ihren Lobbyisten Öffentlichkeit, Medien und Politik. Eine offene Auseinandersetzung um die Zukunft der Altersversorgung ist überfällig, denn die gesetzliche Rente mit ihren niedrigen Kosten ist weit besser als ihr Ruf. Aber sie hat keine Lobby - außer den Bürgern selbst.

Abspann

„Ich wünsche Ihnen viel Mut, das laut zu sagen: Sie werden eine Welle von „Klugsch...“ gegen sich haben!“ Die Schlussworte von Norbert Blüm nach dem Interview.

Nachsatz:

P.S.: Nach Fertigstellung des Films hat die britische Regierung angekündigt, die rund 130 000 Opfer privater Pensionsfonds nach Jahren des Kampfes jetzt doch mit umgerechnet 3,8 Mrd. € zu entschädigen - aus Steuergeldern.